



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Sekretariat des Ausschusses
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Ausschussdrucksache 20(13)102d

angeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 18. März 2024

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

„Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen“

BT-Drs. 20/8399

Deutscher Städtetag

Deutscher Städtetag | Hausvogteiplatz 1 | 10117 Berlin

Deutscher Bundestag
Frau Vorsitzende
Ulrike Bahr, MdB
Familienausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: familienausschuss@bundestag.de

**Stellungnahme des Deutschen Städtetages zur öffentlichen Anhörung
am 18.03.2024 von 14:00 bis ca. 15:45 Uhr zum Antrag „Kinderzu-
kunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg
führen“**

11.03.2024

Sehr geehrte Frau Bahr,
sehr geehrte Damen und Herren,

Kontakt

Regina Offer
Regina.offer@staedtetag.de
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Antrag „Zukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen“. Wir begrüßen Initiativen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen, die auf den Abbau von Benachteiligung und Kinderarmut abzielen. Nach den vielfältigen Belastungen der letzten Jahre durch die Pandemie, die Fluchterfahrung vieler Kinder und den Preissteigerungen vor allem bei Nahrungsmitteln, Energie und Wohnkosten stehen viele Familien vor besonderen Herausforderungen.

Telefon 030 37711-410
Telefax 030 37711-409

www.staedtetag.de

Aktenzeichen
51.71.85 D

Hauptgeschäftsstelle Berlin
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon 030 37711-0

Der Deutsche Städtetag setzt sich allerdings auch für eine Priorisierung der Maßnahmen, die Berücksichtigung der knappen personellen Ressourcen im sozialen Sektor und eine nachhaltige Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen ein. Vor diesem Hintergrund möchten wir besonders auf die Handlungsbedarfe aufgrund folgender politischer Vorhaben und Gesetzesänderungen hinweisen:

Hauptgeschäftsstelle Köln
Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon 0221 3771-0

1. Die Kindergrundsicherung ist ein wichtiger Schritt zur Armutsprävention und -bekämpfung für einkommensarme Familien. Die Auszahlung der Geldleistungen sollte bundeseinheitlich und bürokratiarm erfolgen.

Europabüro Brüssel
Avenue des Nerviens 9-31
1040 Bruxelles / Belgien
Telefon +32 2 882 774-0

2. Daneben muss die Förderung der Kinder und Jugendlichen auf örtlicher Ebene durch qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung, weitere Bildungsangebote und individuelle Förderung beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf intensiviert werden. Dies erfordert eine kommunale Steuerung.
3. Der qualitative und quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung und der übrigen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, sowie der kommunalen Bildungslandschaft sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die zur Sicherung der Zukunftschancen Deutschlands zwingend erforderlich sind. Die Kommunen müssen deshalb als verantwortlicher Planungspartner stärker in die Verabredung strategischer Ziele über die Ebenen hinweg eingebunden werden. Bund und Länder müssen stärker finanziell unterstützen, um dieser Verantwortung gerecht werden zu können. Dies bezieht sich auch auf die Mehrkosten beim Ausbau der Angebote und bei der Verbesserung der Ausbildungsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher.
4. Der Deutsche Städtetag weist auf die drohende Überlastung der Allgemeinen Sozialen Dienste der Kommunen hin. Diese sind sowohl mit der Bearbeitung von Kinderschutzfällen als auch mit der Unterbringung und Versorgung der stark gestiegenen Zahl von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA), sowie zahlreichen weiteren Aufgaben stark belastet. Der Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit und stetig wachsende Aufgabengebiete machen dringend eine Fachkräfteinitiative, eine Priorisierung der Aufgaben und eine Begrenzung des Aufgabenzuwachses für die Jugendämter notwendig.
5. Bund und Länder müssen bei Gesetzesnovellierungen eine zusätzliche Belastung der Sozial- und Jugendämter mit Verwaltungsaufwand unbedingt vermeiden und stattdessen für mögliche Entlastungen sorgen. Der Kinderschutz muss Priorität haben. Daher muss es den Allgemeinen Sozialen Diensten ermöglicht werden, ihre Prioritäten so zu setzen, dass ihre Kernaufgaben bestmöglich erfüllt werden.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Hahn', with a stylized, cursive script.

Stefan Hahn